

Bettina Biedermann

Vergessene Auswanderer Die Migration von Deutschen nach Australien in den 1950er Jahren

1. Einleitung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist vielfach in Vergessenheit geraten, dass Deutschland einst ein Auswanderungsland war. Nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch im 20. Jahrhundert – vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg – wanderte eine große Zahl von Menschen aus Deutschland nach Übersee aus. Die Vereinigten Staaten von Amerika nahmen die größte Zahl von Auswanderern auf, aber Australien und Kanada waren ebenfalls begehrte Ziele. Etwa 770.000 Deutsche wanderten von 1948 bis 1961 nach Übersee aus, davon rund 80.500 nach Australien.

Die Auswanderung von Deutschen nach Australien in den 1950er Jahren unterscheidet sich allerdings von der Migration in andere Länder und in anderen Epochen: Nur mit einem einzigen Land, Australien, hat die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einen Vertrag zur Regulierung der *Auswanderung* abgeschlossen. Durch das erste deutsch-australische Wanderungsabkommen im Jahr 1952 wuchs die Zahl deutscher Auswanderer, die mit einer „unterstützten Wanderung“ (*Assisted Passage Scheme*) nach Australien ausgewandert sind, stark an. Die Entscheidung und die Möglichkeit für eine Auswanderung wurden also maßgeblich von staatlicher Regulierung beeinflusst. Ohne diese staatliche Unterstützung wäre es für die meisten Migranten unmöglich gewesen, die Kosten der Passage aufzubringen. Selbst für zahlungskräftige Deutsche gab es Anfang der 1950er Jahre keine Möglichkeit auszuwandern, da die damals geltenden umfassenden Kapitalverkehrsbeschränkungen nicht zuließen, zum Erwerb einer Schiffspassage D-Mark in Devisen zu wechseln (Steinert 1995: 115).

Sowohl die australische als auch die deutsche Regierung verfolgten mit der Migration spezifische Interessen, die bei der Untersuchung der heute zugänglichen Akten deutlich zu Tage treten. Die Bundesregierung wollte insbesondere gering qualifizierte Flüchtlinge bei der Auswanderung unterstützen. Australien dagegen hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein großes Einwanderungsprogramm begonnen, mit dessen Hilfe die Industrialisierung des Landes vo-

rangetrieben werden sollte. Das Interesse der australischen Regierung galt daher weniger Landarbeitern und anderen gering qualifizierten Arbeitnehmern, sondern jungen, qualifizierten Auswanderern.

Tabelle 1: *Die Auswanderung von Deutschen aus den Westzonen bzw. der Bundesrepublik 1946 - 1961*

Jahr	Australien	Kanada	USA	Andere Länder	Gesamtzahl
1946	0	0	1800	400	2200
1947	0	0	3700	500	4200
1948	200	5000	18000	4200	27400
1949	900	5700	8300	9900	24800
1950	600	4600	17600	8500	31300
1951	2300	28000	25500	9200	65000
1952	4800	24400	53200	8000	90400
1953	7500	32500	27900	8000	75900
1954	14200	27800	28900	5400	76300
1955	6300	16600	33100	4500	60500
1956	7000	24400	47200	3600	82200
1957	5300	27000	35300	3300	70900
1958	5600	12900	23700	3900	46100
1959	8600	9800	23900	3700	46000
1960	12000	10000	19600	3600	45200
1961	5200	5600	17000	3500	31300
Gesamtzahl	80500	234300	384700	80200	779700

Hunderterstellen gerundet. Quelle: Wirtschaft und Statistik (1963/64: 191), zitiert nach Bade/Oltmer (2004: 70).

Die Welle der Auswanderung von Deutschen nach Australien begann im Jahr 1950. Damals wurde das Verbot der Westalliierten, die Bundesrepublik zu verlassen, aufgehoben. Zugleich ließen einige überseeische Länder Deutsche wieder als Einwanderer zu.¹ Ab den 1960er Jahren nahmen sowohl das Interesse, Deutschland in Richtung Australien verlassen zu wollen, als auch die Aufnahmebereitschaft Australiens rasch ab. Die in Tabelle 1 aufgeführten Daten belegen, dass Kanada und die USA rund 80 Prozent der deutschen Auswanderer aufnahmen.

Indes zeigen die Daten noch eine Reihe weiterer Trends. Erstens begann die Nachkriegsauswanderung bereits 1946, insbesondere in die USA. Schon 1948 wanderten 18.000 Deutsche in die USA aus. Die Regierung der Vereinigten

1 Interessant ist, dass vor Aufhebung des Verbots schon zahlreiche Deutsche ausgewandert sind. Die Grundlage dafür bildete die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom September 1945, in der festgehalten wurde, dass die deutschen Behörden den Alliierten - neben Sachleistungen aller Art - auch Arbeitskräfte zum Gebrauch innerhalb und außerhalb Deutschlands zur Verfügung stellen mussten (Friedlaender 1947).

Staaten zeigte sich vor allem an der Einwanderung von Spitzenkräften aus der Wissenschaft interessiert, und diesem Personenkreis wurde schon unmittelbar nach dem Krieg eine Auswanderung ermöglicht – trotz der Verstrickung vieler dieser Wissenschaftler in die nationalsozialistische Kriegsmaschinerie. Die USA setzten mit der Übernahme dieser Vorreiterrolle aber auch ein Signal für andere Länder, vor allem für Kanada und Australien. Die Vorbehalte gegenüber der Einwanderung von Menschen aus dem „Feindstaat“ Deutschland wurden durch das massive Anwerben von Deutschen in die USA rasch geschwächt.

Die Auswanderung prominenter Deutscher und die Anwerbeprogramme setzten Migration auf die Tagesordnung. In der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft – insbesondere in den 50er Jahren – war Auswanderung ein wichtiges Thema. Dies galt für die Individuen, aber auch für die Politik. Millionen von Deutschen interessierten sich für eine Auswanderung. Zu fragen ist, mit welchen Methoden das Phänomen der Massenauswanderung analysiert werden kann.

Für die Untersuchung von Wanderungsbewegungen können mehrere Zugänge gewählt werden. In der Migrationsforschung werden in erster Linie sog. *push*- oder *pull*-Faktoren untersucht: Dabei stehen ökonomische, politische, kulturelle und umweltbedingte Anziehungs- bzw. Abstoßungskräfte im Aus- und Einwanderungsland im Vordergrund. Die Untersuchung der politischen Regulierung wird dabei oft vernachlässigt. Doch sämtliche soziokulturellen und ökonomischen Bestimmungsfaktoren werden lediglich unter zwei Bedingungen wirksam: Erstens müssen Migranten eine entsprechende individuelle Disposition aufweisen. Zweitens müssen die Herkunftsstaaten die Auswanderung zulassen und die Zielländer die Möglichkeit der Einreise und des Aufenthalts bieten (Angenendt 1997: 38). Dies bestätigt sich bei der Untersuchung der Wanderung von Deutschen nach Australien. Die politische Regulierung war der zentrale Faktor: Eine Auswanderung ohne staatliche Unterstützung wäre in den 1950er Jahren für den größten Teil der Auswanderer nicht möglich gewesen.

Dennoch spielten *push*- und *pull*-Faktoren bei der individuellen Disposition für eine Auswanderungsentscheidung eine wichtige Rolle. In diesem Aufsatz wird deshalb zunächst die Lage im Nachkriegsdeutschland – vor allem in Hinblick auf Wanderungsentscheidungen beeinflussende Faktoren – dargestellt. Im nächsten Abschnitt wird vor allem die australische Migrationspolitik, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen strukturellen Wandel durchlief, untersucht. Daran schließt sich eine kurze Betrachtung der Verhandlungen zum Wanderungsabkommen von 1952 und die Analyse der Interessen Australiens und Deutschlands hinsichtlich dieses Abkommens an. Im fünften Abschnitt wird die Assimilierungspolitik der australischen Regierung untersucht und im Anschluss werden in knapper Form die Ergebnisse von Interviews mit deutschen Auswanderern vorgestellt.

2. Die ökonomische und soziale Lage im Nachkriegsdeutschland

Schon bevor das Auswanderungsverbot für die Deutschen von den Alliierten offiziell aufgehoben worden war, wurde das Thema Auswanderung als mögliche Lösung für die Versorgungsprobleme und vor allem für die Lösung der Flüchtlingsproblematik im Nachkriegsdeutschland in der Öffentlichkeit und in der Politik diskutiert. Zahlreiche Zeitungsartikel spiegeln diese Diskussion wider.² Diese Debatte belegt, wie verbreitet der Gedanke an eine Auswanderung in der deutschen Nachkriegsbevölkerung war.³ Die Statistiken des Bundesamtes für Auswanderung haben den sogenannten Auswanderungsdrang der Bevölkerung jedes Jahr neu erhoben. Allein zwischen 1950 und 1956 haben sich mehr als zwei Millionen Menschen (einschließlich der Angehörigen) über die Möglichkeit einer Auswanderung informiert.

Hohe Arbeitslosigkeit – bis 1955 waren es über eine Million Menschen – sowie niedrige Löhne und lange Wochenarbeitszeiten prägten die Ökonomie in der Bundesrepublik Anfang der 1950er Jahre (Altvater et al. 1982: 100). Die schwierige wirtschaftliche Lage regte das Interesse an einer Auswanderung an. Erst Ende der 50er Jahre begann der Lebensstandard der Bevölkerung deutlich zu steigen, und damit korreliert der in Tabelle 1 gezeigte Rückgang der Auswandererzahlen.

Im Vergleich zur Bundesrepublik war Australien wohlhabend: Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung war 1950 doppelt so hoch. Die Löhne waren Anfang der 50er Jahre ebenfalls fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Schon 1948 war in Australien die 40-Stunden-Woche eingeführt worden. Ökonomische Anreize haben fraglos eine erhebliche Rolle bei der Entscheidung für eine Migration nach Australien, Kanada und die USA gespielt.

Einhellig war die Meinung darüber, dass, wenn die Alliierten die Auswanderung der Deutschen nach dem Krieg nicht verboten hätten, eine große Anzahl Deutscher das Land verlassen hätte. Der Auswanderungsdrang unter den Deutschen wird als extrem groß beschrieben. „Deutschland wäre menschenleer“ hatten einige Beobachter geschrieben, und auch der Direktor des Bundesamtes für Auswanderung, Dr. Franz Wolff, bemerkte in einem Artikel zur „Entwicklung der deutschen Auswanderung in den Nachkriegsjahren“:

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches würden die Jahre 1945 und 1946 als Katastrophenjahre in die Geschichte der deutschen Auswanderung eingegangen sein, wenn die Besatzungsmächte nicht zunächst jede Auswanderung aus Deutschland verboten hätten. Eine Unzahl von Menschen war

2 Vgl. u.a. *Rheinischer Merkur* vom 14.1.1950 „Das deutsche Auswanderungs-Problem“ oder *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.12.1948 „Die Auswanderungsfrage als internationales Problem“.

3 Am 27.10.1949 begann beispielsweise die Wochenzeitung „Die Zeit“ eine mehrteilige Artikelserie über die Auswanderung eines Mitarbeiters nach Australien. Das Thema wurde in den gesamten 50er Jahren in den Medien diskutiert.

damals allein von dem Gedanken beherrscht, jenseits der Meere in Frieden und Freiheit ein auskömmliches Dasein zu finden (Wolff o. J.: 25).

Im Juli 1949 gaben die britischen und amerikanischen Besatzungsmächte eine zweisprachige Presseerklärung mit dem Titel „Aufhebung der Reisebeschränkungen für Westdeutschland“ heraus (Steinert 1995: 41). Zwar sollte die Auswanderung noch überwacht und beobachtet werden, aber grundsätzlich waren Beschränkungen der Reisefreiheit in diesen Besatzungszonen nicht mehr vorgesehen. Damit war die Grundlage einer eigenen westdeutschen Auswanderungspolitik geschaffen worden.⁴

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde das „Ständige Sekretariat für das Auswanderungswesen“ in eine Bundesstelle umgewandelt. Mit einem Gesetz vom 8. Mai 1952 wurde schließlich das „Bundesamt für Auswanderung“ mit Sitz in Koblenz errichtet. Neben den staatlichen Organisationen existierten in der Bundesrepublik etwa 75 gemeinnützige Beratungsstellen für Auswanderer, die in der Hauptsache von den großen kirchlichen Verbänden, dem Diakonischen Werk der evangelischen Kirche und vom St. Raphaelswerk der katholischen Kirche unterhalten wurden. Das Bundesamt für Auswanderung, das selbst keine Auskünfte an Auswanderungswillige erteilte, versorgte die Auswandererberatungsstellen mit Beratungsunterlagen. Die australische Botschaft unterhielt in Bremen, Hamburg, Frankfurt, München Auswanderungsbüros. Das Hauptbüro war in Köln ansässig.

Von Beginn der Auswanderungswelle an zeigte sich, dass die meisten Auswanderungswilligen jung und männlich waren. In einem Sonderheft des Statistischen Bundesamtes von 1960 „Statistische Umschau - Bevölkerung - Die Auswanderung 1946 bis 1959“ wurden die Personengruppen, die auswanderten, genau untersucht. So betrug beispielsweise der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen bei den Auswanderern um 30 Prozent. Vergleicht man diese Zahl mit dem Anteil an der Wohnbevölkerung, der Mitte 1957 und 1958 bei etwa 18 Prozent lag, so war dieser Personenkreis in sehr viel stärkerem Maße an der Auswanderung beteiligt, als es seiner Bevölkerungsquote entspricht. Der Bericht sieht die Gründe dafür folgendermaßen:

Die Gründe dürften vor allen in der noch nicht restlos erfolgten wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung sowie in den geringen Bindungen an das Bundesgebiet nach Verlust der angestammten Heimat zu suchen sein. Ferner spielt eine Rolle, dass ihnen durch eine Reihe von Auswanderungsländern und internationalen Organisationen besondere Erleichterungen gewährt wurden (Wirtschaft und Statistik 1960: 588).

Das hohe Interesse von Vertriebenen und Flüchtlingen an einer Auswanderung war durch die problematischen Lebensverhältnisse dieser Personengruppe er-

4 Allerdings besaß die Bundesrepublik erst vom Februar 1951 an wieder die Souveränität zur Ausstellung von Reisepässen.

klärbar. Millionen Flüchtlinge und Vertriebene waren in die vier Besatzungszonen geströmt. Der Zuzug dieser Personengruppe wurde durch sog. Einquartierungen in Privathäuser, Wohnungen und Bauernhöfe geregelt. Die Flüchtlinge fühlten sich in vielen Fällen nicht sehr willkommen, und das enge Zusammenleben bei den Einquartierungen brachte erhebliche Konflikte mit sich. Die Wohnraumsituation blieb während der gesamten 1950er Jahre angespannt.⁵ Vor allem junge Menschen wanderten aus. Im Jahr 1955 machte die Gruppe der 20- bis 30jährigen 34,4 Prozent aller Auswanderer aus, während diese Gruppe nur einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 14,4 Prozent hatte (Wirtschaft und Statistik 1960: 588). Dies zeigt, dass die jüngere Generation eine Alternative zum Leben im Nachkriegsdeutschland suchte und sich den Einstieg in ein neues Leben in einem fremden Land zutraute. Darüber hinaus aber liegt der Anteil der jungen Bevölkerungsgruppen deshalb bei der Auswanderung so hoch, weil diese Gruppe von den Einwanderungsländern favorisiert wurde. So hatten die australischen Behörden – wie viele andere Einwanderungsländer – für eine unterstützte Auswanderung eine Altersgrenze festgesetzt, die beispielsweise für ledige junge Männer bei 35 Jahren lag. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Auswanderungsdrang unmittelbar nach dem Krieg besonders hoch war und im Laufe der 1950er Jahre deutlich nachließ. Heimatvertriebene, Flüchtlinge und junge Männer hatten einen überproportional hohen Anteil sowohl bei den Anfragenden als auch bei den Auswanderern.

3. Die Wahl des Auswanderungslandes und Australiens Migrationspolitik

Die Einwanderung von Deutschen nach Australien war in den 50er Jahren deshalb möglich, weil die dortige Regierung die Zuwanderung drastisch erhöhen wollte und um Einwanderer aus Europa warb. Einwanderungs- und Industrialisierungspolitik waren unmittelbar miteinander verbunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss zuerst die Labor-Regierungen des Premierministers Ben Chifley (1945-1949) ein bedeutsames Einwanderungsprogramm. Die konservative Regierung von Robert Menzies (1949-1966) setzte dieses Programm fort. Verfolgt wurde eine Wirtschaftspolitik, die eine importsostituierende Industrialisierung zum Ziel hatte. Dabei war klar, dass die Entwicklung eines Binnenmarktes mit ausreichender Nachfrage notwendig war und dass dies nur durch massive Einwanderung erreicht werden konnte. 1947 begannen die Programme, die auf 150.000 Einwanderer pro Jahr ausgelegt waren (Dieter 1990: 29f).

Zum ersten Mal wurde nicht-britischen Einwanderern die Möglichkeit einer „unterstützten Einwanderung“, gegeben, die bis dahin allein britischen Staats-

5 Vgl. zur Situation der Flüchtlinge im Nachkriegsdeutschland u.a. Lehmann (1991), Benz (1992).

bürgern vorbehalten gewesen war. Bevorzugte Einwanderer blieben britische Staatsbürger, allerdings gab es bei weitem nicht genug Einwanderer aus Großbritannien. Die australische Regierung musste die Bevölkerung auf Einwanderer aus anderen Ländern vorbereiten.

Der durch die große Depression ausgelöste Geburtenrückgang der 1930er Jahre und der hohe Anteil im Krieg gefallener junger Männer waren für einen drohenden Mangel an Arbeitskräften verantwortlich. Einwanderer sollten helfen, diese Engpässe zu überwinden (Maaß 1991: 74). Das Problem fehlender Arbeitskräfte wurde als äußerst dramatisch betrachtet. Arthur Calwell, von 1945 bis 1949 erster Einwanderungsminister von Australien und Initiator der groß angelegten nicht-britischen Masseneinwanderung, prägte die Parole: „We must populate or perish“, bevölkern oder zugrunde gehen. Damit wurde ein Slogan, der sich auf die Wehrhaftigkeit des Landes bezog und mit den Ängsten der Bevölkerung vor einer japanischen Invasion des Landes spielte, wieder aufgegriffen (Castles et al. 1995: 23).

Nur in wenigen Ländern der Welt ist Einwanderung so systematisch geplant worden wie in Australien. Dabei stand seit Beginn der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1901 nicht Qualifikation, sondern die ethnische Herkunft im Vordergrund. Die australischen Regierungen haben bis in die 1970er Jahre hinein versucht, nicht-weiße Einwanderer aus Australien fernzuhalten. Diese sogenannte *White-Australia-Policy* sah Rassendiskriminierung als das entscheidende Auswahlprinzip für die Einwanderung nach Australien vor (Jaschke/Verellen 1989: 16). Der *Immigration Restriction Act* von 1901 enthielt die Vorschrift, ein Diktat in einer europäischen Sprache erfolgreich zu schreiben. Damit waren Nicht-Europäer von der Einwanderung nach Australien praktisch ausgeschlossen (Dawson 1990: 515). Allein weiße Europäer, möglichst Nordeuropäer sollten ins Land gebracht werden. Insbesondere die asiatischen Nachbarn sollten von einer Einwanderung nach Australien ausgeschlossen werden (O'Rourke/Wiliamson 1999: 190). Dies änderte sich erst 1972 mit der Wahl Gough Whitlams zum Premierminister. Nach 23 Jahren Opposition übernahm die Labor Party wieder die Regierungsverantwortung. Erst von da an öffnete sich Australien für Einwanderer aus Asien, aber auch für Migranten aus dem Mittleren Osten und Lateinamerika.

Die *White Australia Policy* war zwar offen rassistisch, wurde aber mit angeblichen ökonomischen und sozialen Motiven begründet. Die Einwanderung von Nichteuropäern könnte zu einem Sinken des Lohnniveaus führen. Deshalb und zur Vermeidung von sozialen Konflikten solle auf die Einwanderung von Nicht-Europäern verzichtet werden (Dawson 1990: 515). Zudem verstand sich Australien in den 1950er Jahren als eine britische Gesellschaft, die es zu erhalten galt. Gesichert wurde dies durch eine 50 Prozent-Klausel als Kernstück der australischen Einwanderungspolitik: Die Hälfte der Bruttoeinwanderung musste aus britischen Einwanderern bestehen.

Australien verstand sich sehr lange als europäische Nation am falschen Platz (*misplaced continent*) und versuchte, durch die Einwanderung von Europäern und durch die außenwirtschaftliche Konzentration auf Europa und die USA die Bindungen zu diesen Teilen der Welt zu stärken. Das Konzept der *White Australia Policy* ging mit der Vorstellung der raschen Assimilierung der Einwanderer einher. Die kulturelle Homogenität der australischen Gesellschaft basierte auf den Werten und Institutionen der britischen Gesellschaft. Den Ängsten der Bevölkerung vor den „Fremden“ sollte durch die gesetzten Bedingungen für die Einwanderung begegnet werden. Die für den Arbeitsmarkt dringend nötigen Migranten würden sich – so die Erwartung – reibungslos in „Neu-Australier“ verwandeln. Die Homogenität der Gesellschaft und die nationale, britische geprägte Identität würden damit von der Masseneinwanderung unberührt bleiben.

Das Nachkriegseinwanderungsprogramm war erfolgreich: 1945 hatte Australien sieben Millionen Einwohner, 1961 bereits zehn Millionen. Eingewandert sind in diesem Zeitraum 1,1 Mio. Menschen. 80 Prozent aller zwischen 1947 und 1961 für Männer neu geschaffenen Arbeitsplätze wurden mit männlichen Migranten besetzt. Die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze für Frauen wurde von Migrantinnen eingenommen. Hier zeigt sich die starke Abhängigkeit der australischen Wirtschaft von Migration (Collins 1984: 5).

Die Regierung bestimmte die Verwendung von Einwanderern zumeist in Entwicklungsprojekten, beim Straßen- und Eisenbahnbau oder als Arbeiter in der Industrie (Maaß 1991: 74). Viele Einwanderer arbeiteten zunächst in Positionen unterhalb ihrer Qualifikation. Die Arbeitsplätze der Frauen lagen häufig in den klassischen Arbeitsbereichen von Migrantinnen: Gesucht wurden Hausangestellte oder Angestellte für den sozialen Bereich wie beispielsweise Krankenschwestern.

Mitte der 1960er Jahre wurde das Konzept der *White Australia Policy* und der damit verbundene Assimilierungsdruck aus der offiziellen australischen Politik verbannt. Der wichtigste Grund dafür war, dass die bevorzugten Nordeuropäer nicht mehr in großer Zahl nach Australien einwandern wollten. Der Vorsprung Australiens gegenüber europäischen Ländern hinsichtlich des Lebensstandards war verschwunden. Potentielle andere Einwanderungsgruppen, wie beispielsweise Griechen oder Italiener, bevorzugten europäische Länder oder andere Destinationen (Castles et al. 1995: 53). Faktisch wurde die Politik noch bis in die 1970er Jahre hinein angewandt. Zugleich sollte der damit einher gehende Rassismus überwunden werden. Castles et al. sehen allerdings wirtschaftliche Überlegungen als den wahren Grund für die beginnende Öffnung der australischen Migrationspolitik ihren asiatischen Nachbarn gegenüber. Schon in den 1960er Jahren war die wirtschaftliche Macht Japans nicht mehr zu übersehen (Castles et al. 1995: 53).

Die Diskussion über die Einwanderung von Deutschen nach Australien gibt

beispielhaft die Sichtweisen der „White Australia Policy“ wieder. Seit 1947 hatten die australischen Behörden sogenannte *Displaced Persons* aus Europa ins Land geholt. Nachdem die *Displaced Persons* als wichtige Migrantengruppe Anfang der 50er Jahre nicht mehr zur Verfügung standen, gab es für die australische Regierung nur wenige Länder, von denen die benötigten großen Zahlen von Einwanderern angeworben werden konnten.

Die australischen Behörden sahen Italien und andere Mittelmeerländer als potentielle Anwerbeländer an, zumal es dort tatsächlich einen großen Migrationswunsch innerhalb der Bevölkerung gab. Allerdings bestanden in Australien große Vorbehalte gegenüber Südeuropäern, die nicht den australischen Vorstellungen von einem vergleichbaren kulturellen Hintergrund entsprachen, der nur bei den Nordeuropäern gegeben wäre. Da Migranten aus den bevorzugten Ländern, etwa Holland und Skandinavien, nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung standen, blieb nur noch die Möglichkeit, deutsche Einwanderer ins Land zu holen.

Um die Akzeptanz der Einwanderung von Deutschen zu steigern, musste das Misstrauen gegenüber deutschen Einwanderern abgebaut werden. Deutschland war Kriegsgegner Australiens gewesen und wenige Jahre nach dem Krieg waren die Vorbehalte gegenüber Deutschen sehr groß. Zur Implementierung des großen Einwanderungsprogramms musste die australische Regierung zunächst diese Widerstände im eigenen Land überwinden. Gegen deutsche Einwanderer gab es 1951 große Proteste. Die oppositionelle Labor Party, aber auch jüdische Gruppen kritisierten das Vorhaben der Regierung. Doch auch große Protestveranstaltungen in mehreren australischen Städten konnten die konservative Regierung nicht von ihrem Vorhaben abbringen, zumal Umfragen ergeben hatten, dass die Einwanderung sorgfältig ausgewählter Deutscher von 65 Prozent der australischen Bevölkerung befürwortet wurden.

Besonders wichtig war es für die australische Regierung die einflussreichen, australischen Veteranenverbände von der Notwendigkeit der Einwanderung Deutscher zu überzeugen. Nachdem diese der Regierung ihre Unterstützung zugesagt hatten, war der Weg für eine Anwerbung von deutschen Einwanderern frei. Mit der Zustimmung der Veteranenverbände konnten 1951 die ersten sog. *special workers* von privaten australischen Firmen in Deutschland angeworben werden. Die ersten deutschen Einwanderer trafen 1951 in Australien ein. Damit stellte sich für die deutsche Bundesregierung die Frage nach Einflussmöglichkeiten auf den Wanderungsprozess deutscher Auswanderer.

4. Das Wanderungsabkommen mit Australien

Die Bundesregierung hatte mehrere Gründe für den Abschluss eines Wanderungsabkommens mit Australien. Ein wichtiges Motiv für das Zustandekommen des Abkommens war, dass die Bundesregierung Kontrolle und Einfluss-

möglichkeiten auf das Wanderungsgeschehen von deutschen Migranten nach Australien erlangen wollte. Anders verhielt es sich bei der Auswanderung von deutschen Bürgern nach den USA und Kanada. Dort hatten deutsche Behörden nicht den geringsten Einfluss auf die Auswahl der Migranten. Daneben erhoffte sich die Bundesregierung durch die Auswanderung Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Vertriebenenproblematik. Und schließlich wollte die Bundesregierung mit dem Wanderungsabkommen die unkontrollierte Anwerbung durch private Firmen in Deutschland unterbinden.

Am 29. August 1952 wurde das Wanderungsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Commonwealth von Australien abgeschlossen. Der Vertrag legte sehr detailliert das Prozedere für eine Auswanderung (Auswahlverfahren, den Transport, die Unterbringung sowie die Sozialleistungen) und die Leistungen der beiden Vertragspartner fest. Der wichtigste Punkt des Vertrags für die Auswanderer war, dass Auswanderer sich vertraglich verpflichten mussten, zwei Jahre im Land zu bleiben und an einem von der australischen Regierung zugewiesenen Arbeitsplatz zu arbeiten. Im Gegenzug wurde den Auswanderern eine nahezu kostenlose Überfahrt nach Australien gewährt. Eine Garantie auf einen Arbeitsplatz war allerdings mit dem Vertrag nicht verbunden. Wollte ein Auswanderer das Land vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Frist verlassen, so musste er den vollen Betrag für die Überfahrt zurückerstatten. Erst nach Ablauf der Zweijahresfrist konnten Arbeitsplatz und Aufenthaltsort frei gewählt werden.

Um für eine unterstützte Überfahrt nominiert werden zu können, mussten die Antragsteller bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Festgelegt wurden u.a. Altersbegrenzungen für Einwanderer:

- ledige Männer nicht über 35 Jahre,
- ledige Frauen nicht über 30 Jahre,
- kinderlose Ehepaare nicht älter als 35 Jahre,
- bei Familien durfte der Ernährer nicht über 45 Jahre alt sein.

Die Kosten der Überfahrt wurden von Deutschland und Australien gemeinsam getragen. Ohne die Übernahme der Kosten der Schiffsreise wäre es für die meisten Auswanderer unmöglich gewesen, das Land zu verlassen. Die Schiffspassage kostete Anfang der 50er Jahre etwa 1.500 DM pro Person. Bei Monatslöhnen um 300 DM entsprachen die Kosten der Reise einer vierköpfigen Familie nach Australien 20 Monatslöhnen – eine kaum zu meisternde Hürde. Hinzu kam, dass Devisen in nennenswertem Umfang nicht ausgeführt werden durften, eine Konsequenz der Kapitalverkehrsbeschränkungen in Deutschland. Die Passage musste aber in Devisen, nicht in D-Mark, bezahlt werden.

Der Transport der Auswanderer wurde durch das *Provisional Intergovernmental Committee for the Movements of Migrants from Europe* (PICMME) organisiert. Das Komitee war 1951 in Brüssel gegründet worden. Die Bundesre-

publik Deutschland schloss 1952 ein Abkommen mit dem Komitee. Auch Australien waren seit Anfang 1952 Mitgliedsstaat. Das PICMME war zuständig für den Seetransport und für die Bereitstellung von geeignetem Schiffsraum.

Durch den Abschluss dieses Abkommens zur Übernahme der Transportkosten wurde die Auswanderung erheblich erleichtert. Die Bundesregierung verpflichtete sich in dem Abkommen, für jeden Auswanderer einen Zuschuss zu den Reisekosten zu leisten. Im Abkommen wurde festgelegt, dass die Bundesregierung nur solche Personen finanziell unterstützen wird, die von ihr bestimmt worden waren. Die Bundesrepublik Deutschland zahlte 60 US-Dollar für die Überfahrt eines Auswanderers und die australische Regierung 85 US-Dollar (Steinert 1995: 153).

Der Wanderungsvertrag mit der australischen Regierung war für eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen worden. Allerdings mussten jedes Jahr die zur Auswanderung zugelassenen Berufsgruppen festgelegt werden. Diese Verhandlungen über die Zusammensetzung der jährlichen Auswandererkontingente erwiesen sich als äußerst schwierig. Es zeigte sich, dass die Interessen beider Länder sehr unterschiedlich waren. Vor allem das Beharren der Bundesregierung auf der Auswanderung einer möglichst großen Zahl von Landarbeitern sorgte für zähe Verhandlungen.

Australien verlangte Fachkräfte, während die Bundesregierung gering qualifizierte Bauern auswandern lassen wollte. Die australische Regierung hat für die Verhandlungen sog. *shopping-lists* anfertigen lassen, die eine genaue Auflistung der benötigten Berufsgruppen beinhalteten. Im Grunde verliefen die Verhandlungen wie ein Koppelgeschäft: Facharbeiter im Gegenzug zur Aufnahme gering qualifizierter Flüchtlinge.

Die australische Regierung versuchte, die Einwanderung direkt mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts zu koppeln. Allerdings zeigte sich, dass diese Steuerungsversuche nicht immer erfolgreich waren, denn es gab immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit unter den Einwanderern. In den Archiven des Auswärtigen Amts finden sich zahlreiche Protestbriefe von Auswanderern, denen kein Arbeitsplatz vermittelt werden konnte. Gleichzeitig mussten viele der Einwanderer Arbeitsstellen annehmen, die unterhalb ihrer Qualifizierung lagen, obwohl das Interesse insbesondere an Facharbeitern aus Deutschland besonders hoch gewesen war.

Zur Vorbereitung des Wanderungsabkommens hatte die Bundesregierung eine Regierungsdelegation nach Australien gesandt. Der Bericht der deutschen Delegation bringt die Interessen beider Länder auf die folgende kurze Formel:

Das Interesse Australiens besteht - überspitzt ausgedrückt - darin, einen 24jährigen, hochqualifizierten Facharbeiter ohne Familienangehörige als Einwanderer aufzunehmen; das Interesse Deutschlands dagegen empfiehlt die Auswanderung eines 50jährigen Bauern mit zahlreichen Familienangehörigen.

In den Verhandlungen wurde versucht, zwischen diesen beiden Auffassungen eine Synthese zu finden (Kommissionsbericht 1952: 23).

An den Beratungen zu Auswanderungsfragen waren die Vertreter unterschiedlicher Ressorts beteiligt: vom Bundesministerium des Innern, des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Bundesministeriums für Vertriebene, des Bundesministeriums für Wirtschaft, für Arbeit und der Bundesstelle für das Auswanderungswesen. Innerhalb der Bundesregierung gab es keine einheitliche Linie. Von fast allen Ministerien wurden Bedenken, Skepsis oder auch Ablehnung gegenüber dem Wanderungsabkommen vorgetragen. Denn die von Australien bevorzugten Alters- und Berufsgruppen waren genau diejenigen, die zum Aufbau der Bundesrepublik gebraucht wurden. Durchgesetzt hat sich die Auffassung des Auswärtigen Amts. Weil es keine Möglichkeit gäbe, die direkte Anwerbung von Fachkräften durch die Australier zu verhindern, sei es vorteilhafter, durch den Abschluss eines Wanderungsabkommens auf die Anwerbung unmittelbaren Einflusses und Kontrolle zu behalten.

Die Verhandlungen um eine Verlängerung des Abkommens nach fünf Jahren – im Jahr 1957 – standen unter veränderten Vorzeichen. Die Lage der deutschen Wirtschaft hatte sich gegenüber 1952 deutlich verbessert. Damit ging ein Arbeitskräftemangel einher. Die deutsche Regierung schloss 1955 das erste Anwerbeabkommen mit Italien ab. Innerhalb der Bundesregierung war die Haltung – wie schon bei den vorherigen Verhandlungen – uneinheitlich und teilweise von deutlicher Ablehnung der Auswanderung von Deutschen geprägt. Die Wandlung Deutschlands vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre hat diese Skepsis einiger Ressorts der Bundesregierung verschärft.

Gleichwohl konnte sich die befürwortende Haltung des Auswärtigen Amts erneut durchsetzen, wobei sich die Argumente der Befürworter gegenüber 1952 kaum geändert hatten. Trotz erheblicher Bedenken innerhalb der Bundesregierung wurde das zweite Wanderungsabkommen am 27.8.1958 in Canberra unterzeichnet und trat rückwirkend zum 29.8.1957 in Kraft. Allerdings war im Verlaufe der Verhandlungen der Personenkreis, der für eine Nominierung für das Auswanderungsprogramm in Frage kam, in erheblichem Maße eingeschränkt worden. Diese Strategie der deutschen Regierung – Unterzeichnung des Folgeabkommens bei gleichzeitiger Verschärfung der Kriterien für die Bewilligung eines Zuschusses – zeigte rasch Wirkung. Die vertraglich vereinbarten Einwandererzahlen kamen aufgrund der Einschränkungen nicht mehr zustande.

Die Analyse des Wanderungsabkommens und der Vertragsverhandlungen bestätigt die These des hohen Maßes staatlicher Regulierung bei der Auswanderung. Beide staatlichen Akteure haben ihre Interessen definiert und in zähen Verhandlungen einen Konsens bei der Umsetzung dieser Interessen gesucht. Die Auswanderer waren die Objekte staatlicher Migrationsplanung.

Die Auswanderer waren die Objekte staatlicher Migrationsplanung. Nach der Ankunft in Australien ging die Einflussnahme öffentlicher Stellen weiter: Bei der Integration in die australische Gesellschaft wurde von den Zuwanderern die Übernahme bestimmter Normen erwartet, und die australische Regierung nahm hierauf direkten Einfluss.

5. Die Integration der deutschen Einwanderer in die australische Gesellschaft

In den 50er Jahren strebte die australische Regierung eine rasche Assimilierung der Einwanderer an. Kulturell und sozial sollten die Einwanderer schnell absorbiert und in die angelsächsisch geprägte australische Gesellschaft eingegliedert werden (Castles 1996: 260). Nachbarschaftsvereinigungen, eine mögliche Beantragung der australischen Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren Aufenthalt im Land sowie die Integration in die australische Arbeitswelt sollten dazu beitragen, aus den Einwanderern schnell Australier zu machen.

Ausgehend von der bereits beschriebenen *White Australia Policy* sollte der Einwanderer sich möglichst nicht von Australiern unterscheiden, seine Vergangenheit hinter sich lassen und rasch ein „echter“ Australier werden. Im Rahmen der frühen Nachkriegsdiskussion über Einwanderung wurde von einem Mitarbeiter des Labor-Einwanderungsministers Calwell die Forderung nach Assimilierung sehr explizit ausgesprochen:

„We do not want anybody who looks, speaks or thinks very differently from ourselves. In fact ... we want people who are almost if not quite indistinguishable from ourselves or will rapidly become so“ (zit. nach: Wilton/Bosworth 1984: 11).

Gleichzeitig versuchte das *Immigration Advisory Council* die latent rassistische und fremdenfeindliche Bevölkerung Australiens durch eine mit modernen Mitteln gestalteten Kampagne zu erziehen. Durch ihre Werbekampagne konnte die australische Regierung die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieses umfangreichen Einwanderungsprogramms im abgeschiedenen, alles Fremde fürchtenden und ablehnenden Australien der 50er Jahre überzeugen. In seiner Mitte der 60er Jahre erschienenen berühmten Studie *Arrivals and Departures* über die Nachkriegseinwanderer in Australien schreibt James Jupp, dass die Haltung gegenüber Einwanderern nicht mehr durch offene Vorurteile gekennzeichnet war: „One of the achievements of the post-war immigration programme has been to reduce overt hostility to a minimum“ (Jupp 1966: 102).

An Schulen und Universitäten wurde über die Einwanderung informiert, und mit Hilfe von Filmen, die auf den Versammlungen des *Good Neighbourhood Councils* und in Kinos gezeigt wurden, sollten Vorurteile abgebaut werden (Cope/Castles/Kalantzis 1991: 7). Darüber hinaus wurde von der australischen Regierung die veröffentlichte Meinung in den Medien aufmerksam beobachtet, und es wurde verfolgt, wie die Medien über die Einwanderungspro-

gramme der Regierung berichteten. Kritisch berichtenden Journalisten wurde eine gesonderte Unterrichtung vom Ministerium für Einwanderung zuteil.

Obwohl die Politik weiterhin die Idee verfolgte, dass Australien kulturell homogen bleiben sollte, um seine Einheit und seinen Zusammenhalt zu bewahren, haben Cope, Castles und Kalantzis darauf hingewiesen, dass die Regierung durch ihre Interventionen schon den Grundstein für die spätere Revision der Integrationspolitik legte. Durch die Übernahme einer Führungsrolle schuf die Regierung, die aktiv in den Prozess der Integration der Migranten eingriff, einen neuen Pfeiler für die Stabilisierung der Beziehung zwischen Einwanderung und sozialem Zusammenhalt in der australischen Gesellschaft.

In einer undatierten Broschüre des Einwanderungsministeriums für das Empfangslager Bonegilla wurden die Erwartungen an die Einwanderer deutlich genannt.⁶ Diese als „Richtlinien“ bezeichnete Broschüre benannte – nach den Erläuterungen zum Leben im Lager – in den „Schlussbemerkungen“, die Erwartungen, die die australische Regierung an die Einwanderer stellte:

„Vor allem aber sind sie selbst ihr bester Verbündeter – lernen Sie Englisch, arbeiten Sie tüchtig, schließen Sie Freundschaften mit Australiern, und eine frohe Zukunft ist Ihnen gesichert“ (Richtlinien Bonegilla: 13).

Die zentralen Elemente der Assimilierungspolitik der 50er Jahre werden hier erneut deutlich. An erster Stelle stand das Erlernen der englischen Sprache. Die Eingliederung in den Arbeitsprozess war ohne Frage von zentraler Bedeutung. Ebenso wichtig war die Eingliederung in die australische Gesellschaft, in die sich der Einwanderer einfügen sollte: Er sollte Freundschaften mit Australiern, nicht mit anderen Einwanderern schließen. Die Einwanderer sollten sich in die angelsächsisch geprägte Gesellschaft einfügen, ohne Spuren der eigenen Identität zu hinterlassen.

Die Regierung versuchte den Nutzen der Einwanderer für die australische Gesellschaft zu betonen, vor allem mit dem Hinweis auf die Arbeitsleistungen, die die Migranten erbrachten. Sie verwies auf die großen Infrastrukturprojekte, den Eisenbahnbau sowie den Bau von Stahlwerken, die nur mit Hilfe der Einwanderer verwirklicht werden konnten. Trotz aller Bemühungen, die australische Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Masseneinwanderung nach Australien zu überzeugen, blieben viele Australier in den ersten Jahrzehnten des Nachkriegsprogramms den Einwanderern gegenüber misstrauisch oder auch offen rassistisch. Viele Australier fühlten sich schon durch den Klang einer unbekanntenen Sprache auf der Straße gestört oder verunsichert:

„Up to the 1960s, many Australians were highly suspicious of foreigners. In everyday terms this meant reluctance to rent to migrants or to have them as neighbours, hostility towards anyone speaking a foreign language in public, mistrust of visible foreign groups and resentment towards foreign children at school“ (Castles/Miller 1993: 119).

6 Die Broschüre stammt vermutlich aus den 50er Jahren, in jedem Fall aber aus der Zeit vor der Einführung des australischen Dollar im Jahr 1966.

Jock Collins betont in seiner Studie „Migrant hands in a distant land“, dass die Nachkriegseinwanderer in ein von Briten dominiertes Land kamen. 1947 sollen Schätzungen zufolge neunzig Prozent der Australier britischer Herkunft gewesen sein. Die Zuwanderer sahen sich mit Vorurteilen und Unkenntnis in Hinblick auf ihre Herkunft, ihre Vergangenheit und ihre Kultur konfrontiert (Collins 1991: 207). Allerdings beschreibt Collins ein Paradox: Offizielle Umfragen der australischen Behörden haben immer wieder ergeben, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Einwanderern gegenüber eine ablehnende bis feindselige Haltung einnahm, doch diese Haltung äußerte sich nicht im direkten Kontakt mit den Einwanderern. Zwar sprach man über die Einwanderer oftmals in indifferenter und abweisender Form. Die direkte Interaktion war aber in sehr vielen Fällen von Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gekennzeichnet, und die Ausübung physischer Gewalt gegenüber Einwanderern blieb sehr selten (Collins 1991: 210). Dies hat sich in den von mir geführten Gesprächen bestätigt: Viele Interviewpartner beschrieben ihre australischen Nachbarn oder Arbeitskollegen – nach anfänglicher Antipathie oder Reserviertheit – als gute, hilfsbereite *mates* (Kumpel, Kameraden). Voraussetzung dafür war allerdings, dass sich der Einwanderer ebenfalls darum bemüht hatte, ein guter Kamerad zu sein. Wenn der Zuwanderer die australische Norm des *mateship* erfüllte, trat die Ablehnung den Fremden gegenüber in den Hintergrund.

Die australische Bevölkerung hat die Nachkriegseinwanderer nur mit Mühe in die Gesellschaft aufgenommen. Die Regierung hat die Assimilierung und Integration der Einwanderer zwar unterstützt. Letztlich hing aber der Erfolg der Eingliederung in die australische Gesellschaft sehr stark von der Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der einzelnen Zuwanderer ab. Erfolgreiche Integration bedeutete in den 50er Jahren allerdings die weitgehende Aufgabe der eigenen Sprache und Kultur, zumindest im öffentlichen Raum.

Es zeigte sich hingegen rasch, dass die Assimilierungspolitik nicht erfolgreich war. Anfang der 60er Jahre wurde deutlich, dass das Konzept der völligen Assimilierung nicht aufging und von den Einwanderern Unmögliches verlangt wurde. Die australische Regierung änderte ihr Konzept hin zu einer neuen Strategie, die nun auf Integration setzte. Integration hieß, dass die Einwanderer sich in das australische Leben einfügen sollten, vor allem die englische Sprache beherrschen mussten, aber sie sollten nun ihre Herkunft nicht mehr gänzlich ablegen, sondern konnten ihre eigene Geschichte und eigenen Gewohnheiten in Australien leben.⁷ Nicht mehr die vollständige Aufgabe der alten Identität, sondern die Integration bei gleichzeitiger Wahrung spezifischer kultureller Merkmale wurde angestrebt.

7 Die politische Wendung zeigte sich auch in der Forschung in Australien. Hatten die Forscher in den 50er Jahren die Assimilierung der Einwanderer untersucht, so gab es nun Studien über die Integration der Einwanderer, beispielsweise Benyei (1962).

Die Nachkriegseinwanderer kamen der Forderung nach Assimilierung in unterschiedlichem Maße nach. Die statistischen Erhebungen besagen, dass deutsche Einwanderer gemeinsam mit den holländischen Einwanderern zu der Gruppe derjenigen gehörten, die am raschesten einen Wechsel in der Sprache (*language shift*) vornahm: Englisch wurde zur hauptsächlich gesprochenen Sprache zu Hause und außerhalb des Zuhauses (Bureau of Immigration 1994: 6). Darüber hinaus zeigte die Gruppe der deutschen Nachkriegseinwanderer keine Tendenz zu ethnischen Gruppenbildungen innerhalb der großen Städte.

Allerdings sind vergleichsweise viele Auswanderer wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Die deutschen Einwanderer wiesen – gemeinsam mit den Holländern – die höchste Rückwandererquote auf. Bis 1974 sind fast 40.000 Deutsche, d.h. etwa 30 Prozent der Nachkriegsauswanderer, wieder nach Deutschland zurückgegangen. Charles Price sieht den wirtschaftlichen Aufschwung und das hochentwickelte System der sozialen Sicherung in Deutschland, insbesondere bei den Renten, als Ursache für diesen hohen Anteil von Rückwanderern (Price 1975: 11). Price nennt die Zahl von 139.529 Deutschen, die von 1947 bis 1980 eingewandert waren, von denen 44.447 wieder auf Dauer nach Deutschland zurückkehrten.

Trotz der gründlichen Organisation der Einwanderung und der detaillierten Auswahl der Migranten durch die australische Regierung ließen sich der Arbeitsmarkt und der Bedarf an Arbeitskräften – wie bereits erwähnt – nicht präzise planen. Immer wieder waren Einwanderer von Arbeitslosigkeit betroffen. Insbesondere während der Verhandlungen zur Verlängerung des Wanderungsabkommens – also um 1957 – erreichten die deutsche Regierung Berichte und Briefe von Auswanderern, die in den Auswandererlagern zur Untätigkeit gezwungen waren, aber trotzdem das Lager nicht verlassen durften. Die Verträge mit der australischen Regierung verpflichteten zwar den Einwanderer, an einem ihm zugewiesenen Arbeitsplatz zu arbeiten, boten allerdings keinen Schutz vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit oder gar den Anspruch auf einen Arbeitsplatz (Steinert 1995:148). Besonders problematisch war das Leben für arbeitslose Zuwanderer in den Aufnahmelagern, in die alle Einwanderer zunächst aufgenommen wurden.

Eines der größten Aufnahmelager, Bonegilla, war ein früheres Militärlager, das als Unterkunft für Soldaten gedient hatte. Das Lager hatte eine Unterbringungskapazität von etwa 8.000 Menschen. Das Durchgangslager in Bonegilla hatte in der Zeit von 1947 bis zu seiner Schließung im Jahr 1971 mehr als 300.000 nicht-britische Einwanderer aufgenommen. Die ersten Einwanderer, die das Lager bewohnt hatten, waren *Displaced Persons* gewesen, die 1947 nach Australien gekommen waren. Untergebracht wurden die Einwanderer in sogenannten Nissenhütten, die äußerst spartanisch eingerichtet waren.

Bonegilla liegt etwa 13 Kilometer von der nächstgelegenen Stadt Albury an der Grenze der Bundesstaaten Neu-Südwests und Viktorien entfernt. Die Ent-

fernung nach Melbourne beträgt etwa 300 Kilometer. Das Lager befindet sich im Landesinneren, fernab von größeren Städten. Für die Einwanderer bestand nicht einmal die Möglichkeit, die Kleinstadt Albury zu erreichen, da dies hin und zurück einen Fußweg von mehr als 25 Kilometern bedeutet hätte. Bei den im australischen Landesinnern häufig herrschenden hohen Temperaturen ist eine solche Entfernung zu Fuß nicht leicht zu bewältigen. Die nächste große Stadt, Melbourne, war nur mit einer sechsstündigen Zugfahrt zu erreichen. Ohnehin durften die Einwanderer das Lager Bonegilla ohne behördliche Erlaubnis nicht verlassen. Diese wurde nur erteilt, wenn Auswanderer einen Arbeitsplatz nachweisen konnte.

Eine wohlwollende Aufnahme in Australien war für viele Zuwanderer – nicht nur aus Deutschland – in den 1950er Jahren also nicht gegeben. Die Fremdenfeindlichkeit der australischen Gesellschaft machte die Integration nicht leicht. Vielen Deutschen war zwar daran gelegen, die schwere Bürde der Vergangenheit abzustreifen und eine neue, australische Identität anzunehmen, aber der Alltag in Australien war für viele Einwanderer doch unerwartet hart. Dies zeigte sich deutlich in den von mir geführten Interviews.

6. Die ersten Jahre in der neuen Heimat: Ergebnisse der Interviews mit Auswanderern

Die Untersuchung der Migration von Deutschen nach Australien wird durch die Befragung der Auswanderer selbst profunder. Die Einbeziehung der persönlichen Erlebnisse lässt – bei aller zu erwartenden Subjektivität – den Prozess der Eingliederung in die australische Gesellschaft deutlicher werden. Deshalb habe ich während mehrerer Forschungsaufenthalte in Australien eine nicht-repräsentative Gruppe von Auswanderern in narrativen Interviews befragt.⁸

Den konkreten Wunsch, nach Australien zu gehen, hatten nur wenige der Interviewpartner. Vielmehr stand das Weggehen im Vordergrund. Dabei war das Wohin nicht von vorrangiger Bedeutung, die Aussicht auf ein besseres Leben mit besseren Verdienstmöglichkeiten reichte aus. Deshalb verwundert es auch nicht, dass viele erzählten, fast nichts über das Land, in das sie ausgewandert sind, gewusst zu haben. Einige haben in den Interviews angegeben, dass sie das auch nicht interessiert hätte. Die Tatsache, dass vor der Auswanderung nur ein sehr kleiner Teil der Auswanderer eine Beratungsstelle aufgesucht hat, unterstreichen diese Aussagen. Darüber hinaus konnten sehr wenige der inter-

8 Mithilfe dieser Methode der qualitativen Sozialforschung soll die subjektive Sichtweise der Auswanderer herausgearbeitet werden. Narrative Interviews lassen dem Interviewten einen möglichst großen Freiraum zur eigenen Gestaltung des Gesprächs. Zugrundegelegt wurde lediglich ein Gesprächsleitfaden, kein standardisierter Fragebogen. In diesem Leitfaden wurden einige wichtige Themen, die unbedingt behandelt werden sollten, festgehalten.

viewten Personen zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung Englisch sprechen. Die Mehrzahl betonte, bei der Abreise kein Wort Englisch verstanden zu haben.

Bei dem größten Teil der befragten Auswanderer bestand der Wunsch, in ein reiches Land auszuwandern. Viele hatten sich für eine Auswanderung bei mehreren überseeischen Ländern beworben. Nur das Vorhandensein von Einwanderungsprogrammen – wie es die USA und Kanada eingerichtet hatten – oder das deutsch-australische Wanderungsabkommen ermöglichte es diesen auswanderungswilligen Deutschen, nach Übersee auszuwandern.

Die These, dass die Auswahl des Landes für die Auswanderer von nachrangiger Bedeutung war, wurde in den Interviews bestätigt. Keine der befragten Personen hat angegeben, dass Australien ihr „Wunschziel“ gewesen sei. Die Entscheidungsfindung für eine Auswanderung und für das Aufnahmeland „Australien“ wurde von den befragten Personen als eher spontan und zufällig beschrieben.⁹ Die Einschätzung der deutschen Behörden, dass die Anwerbeprogramme der Aufnahmeländer die Auswanderung in ein bestimmtes Land lenkten, konnte durch die Aussagen der Auswanderer belegt werden.

Dazu passte die Aussage der meisten befragten Auswanderer, sie hätten keine großen Kenntnisse über Australien gehabt.¹⁰ Allerdings ist dieser Sachverhalt ebenso der Tatsache geschuldet, dass in den 50er Jahren in der deutschen Öffentlichkeit nicht sehr viele Informationen über Australien vorhanden und zugänglich waren. Auffallend waren die Aussagen über die Gründe für die Auswanderung. Der überwiegende Teil beschrieb die Auswanderung als eine Begehenheit, die einerseits von Abenteuerlust und andererseits durch eine Bindungslosigkeit, die durch das Erlebnis des Krieges und der Flucht bedingt war, begünstigt worden war. Angesichts der Tragweite ihres Entschlusses ist dies ein überraschender Befund. Nur eine Person nannte wirtschaftliche Gründe, also den Wunsch nach einem sozialen Aufstieg durch im Ausland erworbenen Reichtum.¹¹

Die Ankunft in Australien war für beinahe alle befragten Personen mit einer Desillusionierung verbunden: Das Leben im Auffanglager, die Wohnungsnot und das zum Teil als sehr rückständig empfundene soziale und kulturelle Leben in Australien entsprachen nicht den Vorstellungen von einem reichen über-

9 Neuere Forschungen haben ergeben, dass Entscheidungen, je wichtiger sie sind, desto weniger von rationalen Überlegungen getragen werden. Entscheidungen über wichtige Ereignisse im Leben überfordern den Entscheidungsträger. Entschieden wird aufgrund unbewusster Motive (Freund 2004: 267f).

10 Auch Lüthke stellte in seiner Untersuchung fest, dass das allgemeine Informationsniveau der Auswanderer über das Aufnahmeland angesichts der Bedeutung ihres Vorhabens sehr gering war (Lüthke 1989: 59).

11 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Lüthke. In einer von der holländischen Regierung in den 1950er Jahren in Auftrag gegebenen Studie gaben über 80 Prozent der Auswanderungswilligen an, dass sie ihren Entschluss auch bei einem lukrativen Stellenangebot nicht mehr rückgängig gemacht hätten (Lüthke 1989: 49).

seeschen Land. Zwar waren die Kenntnisse, die die Auswanderer von Australien hatten, im großen und ganzen nur vage, aber die rauen und einfachen Lebensverhältnisse haben die deutschen Einwanderer doch unangenehm überrascht.

Die Interviews bestätigen darüber hinaus die Ergebnisse von australischen Studien über den hohen Grad der Assimilierung der deutschen Einwanderer. Diese schnelle Integration wurde getragen vom großen Willen der Einwanderer, sich an die neuen Lebensverhältnisse anzupassen. Diese Ergebnisse belegen darüber hinaus die These, dass sich die deutschen Auswanderer dem von der australischen Regierung in den 50er Jahren erhobenen Assimilierungsdruck „über Nacht Australier zu werden“ in besonderer Weise beugten. Ihnen bot sich hier die Möglichkeit der Schaffung einer zweiten Identität.

Begünstigt wurde dieses Konzept davon, dass sich ein großer Teil der Auswanderer aufgrund von Kriegerlebnissen und der Flucht in Deutschland nicht zu Hause fühlte. Die australische Gesellschaft forderte, dass sich der Einwanderer von seinen alten Bindungen lossagen sollte. Dieser Erwartung kamen die deutschen Einwanderer, die ihre deutsche Herkunft nur selten herausstellten oder sogar zu verheimlichen suchten, in der Regel rasch und gerne nach.

Die in den 50er Jahren Eingewanderten sind zum überwiegenden Teil australische Staatsbürger geworden. Allerdings haben sie die australische Staatsbürgerschaft oft erst nach sehr vielen Jahren Aufenthalt im Land beantragt. Die Auswanderer haben sich für diesen Entschluss Zeit gelassen. Verbunden war die Entscheidung meist mit einem vorherigen Besuch in Deutschland, oftmals dem ersten nach vielen Jahren.

Bezüglich der Aufnahme der deutschen Migranten im Einwanderungsland bleibt ein ambivalentes Bild zurück: Im persönlichen Gespräch haben die befragten Einwanderer nur sehr wenig von fremdenfeindlichen oder gar ablehnenden Verhalten ihnen gegenüber gesprochen. Im Gegenteil: Die Aufnahme von australischen Arbeitskollegen oder Nachbarn wurde als äußerst freundlich, tolerant und von Hilfsbereitschaft geprägt beschrieben. Zugleich wurde immer wieder erwähnt, dass die australische Gesellschaft in den 50er Jahren weit davon entfernt war, am kulturellen Hintergrund der Einwanderer interessiert zu sein. Dies konnte sich in einzelnen Fällen zur Fremdenfeindlichkeit steigern, wobei spezifische Ressentiments Deutschen gegenüber die Ausnahme gewesen sein sollen.

7. Schlussbemerkungen

Mehr als fünfzig Jahre nach dem Beginn der Massenauswanderung aus Deutschland bleibt dieses Kapitel der deutschen Geschichte lehrreich. Im Gegensatz zur aktuellen politischen Diskussion, in der Migration oft als Bedrohung wahrgenommen wird und in der die Auswanderung von Deutschen na-

hezu keine Rolle spielt, gab es damals eine völlig andere Debatte. In Deutschland war das Interesse an einer Auswanderung in den 1950er Jahren sehr groß. Die Erfahrungen des Krieges, die Zerstörung des Landes, die wirtschaftliche Lage und persönliche Traumata waren dafür die Hauptgründe. Möglich wurde die Auswanderung, weil sich sowohl die deutsche als auch die australische Regierung von dieser Wanderungsbewegung Nutzen versprachen.

Die Untersuchung der damaligen Migrationswelle hat gezeigt, dass der Prozess der Auswanderung von Deutschen nach Australien in den 1950er Jahren ein von staatlicher Seite extrem stark regulierter Prozess war. Sowohl die australische als auch die deutsche Regierung haben in intensiven Verhandlungen über die Zusammensetzung der Auswanderergruppen gestritten. Die Auswanderung nach Australien war das Ergebnis staatlichen Handelns. Andere Faktoren – die psychologische Dimension und ökonomische Aspekte – konnten nur deshalb Wirkung entfalten, weil staatliche Regulierungen dafür einen Rahmen geschaffen hatten.

Für die aktuelle Diskussion in Deutschland zu Migration ist die Erinnerung daran, dass Deutschland vor nur wenigen Jahrzehnten ein Auswanderungsland war, von großer Bedeutung. Die Analyse dieser historischen Ereignisse ist für die heutige Debatte hilfreich: Deutlich wurde die Rolle der Regierungen von Ein- und Auswanderungsland für die Entscheidung und die Möglichkeit zur Migration sowie für die Integration in die Gesellschaft des Ziellandes. Mit diesem Wissen lässt sich die aktuelle Diskussion um Zuwanderung und Integration in einen historischen Kontext stellen. Die Entwicklung einer Konzeption zur Integration von Zuwanderern ist – zieht man die Erfahrungen des Einwanderungslandes Australien heran – von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Migrationspolitik.

Literatur

- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi (1982): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, 2 Bd., Berlin.
- Angenendt, Steffen (1997): *Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa*, Opladen.
- Bade, Klaus J. (2004): *Sozialhistorische Migrationsforschung*, Göttingen.
- Bade, Klaus/Oltmer, Jochen (2004): *Normalfall Migration*, Bonn.
- Benyei, Laszlo (1962): *An Integration Study of Migrants in Australia*, Appendesto Commonwealth Immigration Advisory Council, Forty-sixth Meeting, 17. August 1962, information item.
- Benz, Wolfgang (1992): Fremde in der Heimat: Flucht-Vertreibung-Integration, in: Bade, Klaus (Hg.): *Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München, S. 374-386.
- Bundesamt für Auswanderung (1953): *Rundschreiben Nr.20/ 1953*, Archiv des Diakonischen Werkes, HGSt 2502.
- Bureau of Immigration and Population Research (1994) (Hg.): *Community Profiles 1991 Census Germany born*, Canberra.
- Castles, Stephen/Miller, Mark J. (1993): *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*, London.
- Castles, Stephen (1996): Immigration and Multiculturalism in Australia, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Migration - Ethnizität - Konflikt: Systemfragen und Fallstudien*, Osnabrück, S. 251-271.

- Castles, Stephen/Cope, Bill/Kalantzis, Mary/Morrissey, Michael (1995): *Mistaken Identity. Multiculturalism and the Demise of Nationalism in Australia*, Sydney 3. Auflage.
- Collins, Jock (1991): *Migrant Hands in a Distant Land: Australia's Post-War Immigration*, Sydney.
- Collins, Jock (1984): Immigration and Class: the Australian Experience, in: Bottomley/De Lepervanche: *Ethnicity, Class and Gender in Australia*, Sydney, London, Boston.
- Cope, Bill/Castles, Stephen/Kalantzis, Mary (1991): *Immigration, Ethnic Conflicts and Social Cohesion*, published by the Bureau of Immigration Research, Canberra.
- Dawson, Sarah (1990)(Hg.): *The Penguin Australian Encyclopaedia*, Ringwood (Victoria).
- Dieter, Heribert (1990): *Außenwirtschaftsbeziehungen, Verschuldung und strukturelle Anpassung in Australien*, Hamburg.
- Freund, Alexander (2004): *Aufbrüche nach dem Zusammenbruch. Die deutsche Nordamerika-Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen.
- Friedlaender, Ernst (1947): Bleibe im Landel, in: *Die Zeit*, Nr. 34 vom 21.8. 1947.
- Jaschke, Dieter/ Verellen, Franziskus (1989): Australien, in: Werner Draguhn/Rolf Hofmeier/Mathias Schönborn (Hg.): *Politisches Lexikon Asien, Australien, Pazifik*, München, S. 11-20.
- Jupp, James (1966): *Arrivals and Departures*, Melbourne.
- Kommissionsbericht (1952): *Bericht über die Reise der deutschen Studienkommission für Auswanderungsfragen nach Australien vom 8. April bis 8. Juni 1952*, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Akte „Verträge der Bundesrepublik“, Ref. 500 Bd. 59.
- Lehmann, Albrecht (1991): *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*, München.
- Lüthke, Folkert (1989): *Psychologie der Auswanderung*, Weinheim.
- Maaß, Karsten (1991): Einwanderung als Instrument der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik seit 1945, in: Heinrich Lamping/Birgit Hain (Hg.): *Australien. Beiträge zur Wirtschaftsgeographie* (=Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften. Hrsg. V. G. Gruber, H. Lamping, W. Lutz, J. Matznetter, Heft 59), Frankfurt a. M., S. 65-87.
- Maddock, Rodney/Ian W. McLean (1987)(Hg.): *The Australian Economy in the Long Run*, Cambridge und Sydney.
- O'Rourke Kevin H./Williamson Jeffrey G. (1999): *Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy*, Cambridge (Mass.) und London.
- Price, Charles A. (1975): *Australian Immigration*, Report No. 2, Canberra.
- Price, Charles A. (1968): *Migrants in Australian Society*, Paper prepared for the 3rd Commonwealth Study Conference, Australia.
- Richtlinien Bonnegilla: Commonwealth of Australia, Einwanderungsministerium der Bundesregierung, *Empfangslager Bonegilla - Richtlinien*, ohne Jahr, Archiv des Diakonischen Werkes, HGSt 2572.
- Steinert, Johannes-Dieter (1995): *Migration und Politik. Westdeutschland-Europa-Übersee 1945-1961*, Osnabrück.
- Wirtschaft und Statistik* (1956): 8. Jg. NF., Heft 7 (Juli 1956).
- Wirtschaft und Statistik* (1960): 12. Jg. NF., Heft 10 (Oktober 1960), Statistische Umschau-Bevölkerung-Die Auswanderung 1946 bis 1959.
- Wolff, Franz (o. J.): *Entwicklung der deutschen Auswanderung in den Nachkriegsjahren*, Archiv des Diakonischen Werkes, HGSt Allg. Slg. C.10.22.1
- Wolton, Janis/Bosworth, Richard (1984): *Old World and New Australia: The Post-War-Migrant Experience*, Ringwood.